

Vergleichende Politikwissenschaft: Analyse und Vergleich politischer Systeme

Peter Birle/Christoph Wagner

1. Einleitung

Was unterscheidet ein präsidentielles Regierungssystem wie das der USA von einem parlamentarischen System wie dem der Bundesrepublik Deutschland? Welche Vor- und Nachteile hat das Mehrheitswahlrecht, welche das Verhältniswahlrecht? Können Diktaturen die sozioökonomische Entwicklung eines Landes schneller vorantreiben als Demokratien? Unter welchen Bedingungen existieren die größten Chancen, autokratische Herrschaftssysteme ins Wanken zu bringen? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit ein demokratisches politisches System auf Dauer stabil bleibt? Solche und ähnliche Fragen beschäftigen die *Vergleichende Politikwissenschaft*. Ihr Gegenstand ist die systematische, international vergleichende Untersuchung von politischen Strukturen (*polity*), Prozessen (*politics*) und Inhalten (*policy*)¹. Allerdings verfügt die *Vergleichende Politikwissenschaft* nicht über einen strikt abgrenzbaren substanziellen Untersuchungsbereich. Was die Teildisziplin besonders auszeichnet, ist nicht zuletzt die ‚Kunst des Vergleichens‘, d. h. der *Vergleich als Methode* und die damit zusammenhängenden Fragen, unter welchen Voraussetzungen und wie politische Phänomene miteinander verglichen werden können.² Vergleichende Vorgehensweisen sind allerdings auch in an-

¹ Vgl. die Übersicht bei Hans-Joachim Lauth, Christoph Wagner: Gegenstand, grundlegende Kategorien und Forschungsfragen der ‚Vergleichenden Regierungslehre‘, in: Hans-Joachim Lauth (Hrsg.): Vergleichende Regierungslehre, Wiesbaden 2005, S. 15-40, dort S. 22.

² Obwohl die Methode des Vergleichs zentraler Gegenstand der Teildisziplin ist, wird sie – um Wiederholungen zu vermeiden – im Folgenden nicht näher behandelt. Siehe hierzu den Beitrag von Christian Welzel in diesem Band sowie u. a.: Klaus von Beyme: Der Vergleich in der Politikwissenschaft, München 1988; Dirk Berg-Schlosser, Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft, Opladen 2003.

deren Teildisziplinen der Politikwissenschaft häufig anzutreffen. So werden im Bereich *Internationale Beziehungen* Vergleiche zwischen regionalen Kooperations- und Integrationsprozessen vorgenommen. Auch in der *Politischen Ideengeschichte*, bei der Anfertigung von *Politikfeldanalysen* und bei der Auseinandersetzung mit *politischen Theorien* wird oft eine komparative Perspektive der Erkenntnisgewinnung eingenommen.

Eine strikte Abgrenzung der *Vergleichenden Politikwissenschaft* von anderen Teildisziplinen der Politikwissenschaft ist aber auch deshalb schwierig, weil Vergleiche erst dann sinnvoll durchgeführt werden können, wenn solide Kenntnisse über die einzelnen zu vergleichenden Phänomene vorhanden sind. Um beispielsweise die Funktionsweise des Deutschen Bundestages und des US-Kongresses zu vergleichen, müssen wir zunächst wissen, wie die beiden Institutionen arbeiten und welche Stellung ihnen im jeweiligen politischen System zukommt. Die einzelfallorientierte Beschäftigung mit einem fremden politischen System oder dessen Bestandteilen ist aber eigentlich nicht dem Bereich der *Vergleichenden Politikwissenschaft* zuzurechnen, auch wenn universitäre Studien- und Prüfungsordnungen meist so verfahren. Erst wenn mindestens zwei Fälle systematisch, auf der Grundlage von klaren Fragestellungen, Hypothesen und Variablen im Rahmen eines intersubjektiv nachvollziehbaren Forschungsdesigns miteinander verglichen werden, kann streng genommen von *Vergleichender Politikwissenschaft* die Rede sein.

Unser Beitrag gliedert sich in drei Abschnitte: Zunächst schildern wir die Entwicklung von der traditionellen *Vergleichenden Regierungslehre* (*comparative government*) zur moderneren *Vergleichenden Politikwissenschaft* (*comparative politics*). Im zweiten Abschnitt geben wir einen Überblick zu zentralen Fragestellungen und Konzepten der Teildisziplin und gehen auf ausgewählte Themenkomplexe näher ein. Abschließend fragen wir nach

Todd Landmann: *Issues and Methods in Comparative Politics*. An Introduction, New York 2003; Hans-Joachim Lauth, Jürgen Winkler: *Methoden der Vergleichenden Politikwissenschaft*, in: Hans-Joachim Lauth (Hrsg.): *Vergleichende Regierungslehre*, Wiesbaden 2005, S. 41-79. Sabine Kropp, Michael Minkenberg (Hrsg.): *Vergleichen in der Politikwissenschaft*, Wiesbaden 2005; Susanne Pickel, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth (Hrsg.): *Vergleichende politikwissenschaftliche Methoden*, Wiesbaden 2003.

Leistungen und Defiziten der *Vergleichenden Politikwissenschaft* und skizzieren mögliche Entwicklungsperspektiven der Teildisziplin.

2. Vergleichsansätze in historischer Perspektive

2.1 *Vergleichende Regierungslehre*

Vergleiche haben in der Politikwissenschaft eine lange Tradition. Bereits der griechische Philosoph Aristoteles (384-322 v. Chr.) untersuchte 158 Verfassungen seiner Zeit und erstellte auf dieser Grundlage eine Typologie von Regierungssystemen. Ausgehend von der Anzahl der Machträger und der Nutzenorientierung staatlichen Handelns unterschied er zwischen drei *guten* bzw. *legitimen* (Monarchie, Aristokratie, Politie) und drei *schlechten* bzw. *illegitimen* (Tyrannei, Oligarchie und Ochlokratie bzw. Demokratie) Herrschaftsformen. Dieser Typologie folgten bis zum heutigen Tag zahlreiche Versuche, die Vielfalt existierender Herrschaftsformen zu ordnen. Mit dem Zerfall der griechischen Poliskultur und der römischen Republik erlosch allerdings für lange Zeit das Interesse am wissenschaftlichen Vergleich von Herrschaftsformen. Erst mit der allmählichen Säkularisierung des politischen Denkens im Zuge der Renaissance und mit dem Verblässen der Reichsidee erlebte es einen neuen Aufschwung.

Der Florentiner Machiavelli (1469-1527) untersuchte in seinem Hauptwerk ‚Der Fürst‘ unter Rückgriff auf antike Staatsformenlehren die Verfassungsformen seiner Zeit. Er wollte die politische Theorie von ethisch-religiösen Überlegungen befreien und leitete aus der Untersuchung von Herrschaftsformen konkrete politische Handlungsanweisungen ab. Im Zuge der Herausbildung der modernen Nationalstaaten und dem Aufkommen des Konstitutionalismus vom 16. bis zum 18. Jahrhundert (in Deutschland erst im 19. Jahrhundert) setzte sich langsam die Auffassung durch, dass die Macht des Monarchen durch eine Verfassung begrenzt und durch ein Parlament in Schranken gehalten werden sollte. Dadurch entwickelte sich auch ein Staats- und Verfassungsrecht, das zur Grundlage vergleichender Betrachtungsweisen wurde. Der französische Staatstheoretiker Montesquieu (1689-1755) legte mit seiner Lehre von der Gewaltentrennung in seinem Hauptwerk ‚Vom Geist der Gesetze‘ (1748) den Grundstein für viele spätere Diskussionen. Wichtige Impulse gingen im 19. Jahrhundert von Alexis de Tocquevilles Werk ‚Über die

Demokratie in Amerika' aus, in dem er amerikanische Demokratie-Erfahrungen mit den Entwicklungen in Europa verglich.

Die ‚modernen Klassiker‘ der *Vergleichenden Regierungslehre* (engl.: *comparative government*) knüpften an dieses Gedankengut an. Wissenschaftler wie Carl Joachim Friedrich, Herman Finer und Karl Loewenstein³ entwickelten detaillierte Verfassungslehren, in denen sie „die tatsächliche Praxis und die wirkliche Dynamik der Verfassung im modernen – und ebenso im geschichtlichen – Staat“⁴ untersuchten. In modernen Begriffen heißt das: Sie interessierten sich für die verfassungsmäßige Ordnung der ‚westlichen Demokratien‘ sowie für das Spannungsverhältnis zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit. Loewenstein beispielsweise unterschied zwischen zwei autokratischen (autoritäre Regime, totalitäre Regime) und sechs konstitutionell-demokratischen Regierungstypen (unmittelbare Demokratie, Versammlungs-Regierung, parlamentarische Regierung, Kabinettsregierung, Präzidentialisismus, Direktorialregierung), um sich dann detailliert mit horizontalen und vertikalen Elementen der Gewaltenteilung in verschiedenen Typen demokratischer Regierungsformen auseinander zu setzen. Im deutschen Sprachraum gehört die frühe Arbeit Klaus von Beymes über *Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa* zu den Standardwerken der *Vergleichenden Regierungslehre*, allerdings bildet dieses Werk aufgrund seiner systematisch orientierten Herangehensweise bereits eine Brücke zu neueren Formen des Vergleichs im Sinne von *comparative politics*.⁵ Zu den modernen Klassikern sind auch die Arbeiten von Arendt und Friedrich/Brzezinski über *totalitäre Herrschaftsformen* zu rechnen.⁶

³ Vgl. *Carl Joachim Friedrich*: *Constitutional Government and Democracy*, Boston 1937 (deutsch: *Der Verfassungsstaat der Neuzeit*, Berlin 1953); *Herman Finer*: *Theory and Practice of Modern Government*, New York 1949 (deutsch: *Der Moderne Staat. Theorie und Praxis*, 3. Bde, Stuttgart 1957/58); *Karl Loewenstein*: *Political Power and the Governmental Process*, Chicago 1957 (deutsch: *Verfassungslehre*, Tübingen 1959).

⁴ So *Karl Loewenstein* im Vorwort zur deutschen Ausgabe seines Buches *Political Power and the Governmental Process* (Anm. 3), S. IV.

⁵ Vgl. *Klaus von Beyme*: *Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa*, München 1970 (Neuaufgabe: *Die parlamentarische Demokratie. Entstehung und Funktionsweise 1789-1999*, Opladen 1999).

⁶ Vgl. *Hannah Arendt*: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1996 (engl. Orig. 1951); *Carl Joachim Friedrich*; *Zbigniew Brzezinski*: *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Cambridge 1956.

2.2 Von der Vergleichenden Regierungslehre zur Vergleichenden Politischen Systemforschung

In den 50er Jahren erfolgte ein Bruch mit der überkommenen Form des Vergleichs im Sinne von *Comparative Government*. Drei Impulse waren für diese Entwicklung, die in erster Linie von US-amerikanischen Wissenschaftlern ausging, wesentlich:

a) *Ein verändertes Forschungsinteresse*: Bisher hatte sich die vergleichende Forschung weitgehend auf die ‚westlichen Demokratien‘ beschränkt. Das Aufkommen des Faschismus, der Zweite Weltkrieg, der Beginn des Kalten Krieges und der Entkolonialisierungsprozess in den 60er Jahren schufen eine neue internationale Situation. Je mehr sich die USA weltpolitisch engagierten, desto dringender wurde ihr Bedarf an grundlegenden Informationen über die politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Gegebenheiten in Ländern, denen bislang kaum Aufmerksamkeit geschenkt worden war. Bereits während des Zweiten Weltkrieges stellte die US-Regierung großzügige Forschungsetats für die empirische Untersuchung fremder Länder und Kulturen zur Verfügung. Zunächst entstanden interdisziplinär angelegte ‚*area-studies*‘, an denen neben Ethnologen und Soziologen auch Politikwissenschaftler beteiligt waren.

b) *Kritik an der Vergleichenden Regierungslehre als Comparative Government*: Am deutlichsten wurde die Kritik an der bislang praktizierten Form des Vergleichs im Jahr 1955 von Roy Macridis vorgetragen.⁷ Seine Einwände lauteten: Erstens seien die ‚vergleichenden‘ Studien nicht wirklich komparativ, sondern in der Regel monografisch angelegt. Meist setze man sich nur mit den politischen Institutionen eines Landes, oft gar nur mit einer einzigen Institution auseinander. Zweitens erfolge die Darstellung fremder Regierungssysteme zu deskriptiv und unsystematisch. Man beschränke sich weitgehend auf die historischen und (verfassungs-) rechtlichen Aspekte politischer Institutionen und Prozesse, statt konzeptionelle Kategorien auszuarbeiten, die den systematischen Vergleich von Einzelbeobachtungen und die Entwicklung allgemeiner Hypothesen ermöglichen würden. Drittens sei das Forschungsinteresse geographisch zu sehr auf Westeuropa und thematisch fast ausschließlich auf politisch-institutionelle Faktoren

⁷ Vgl. zum Folgenden *Roy C. Macridis*: *The Study of Comparative Government*, New York 1955, S. 7-12.

beschränkt. Soziale, ökonomische und kulturelle Variablen berücksichtige man dagegen kaum. Viertens seien die meisten Vergleiche zu statisch angelegt und ignorierten dynamische Elemente des politischen Wandels. Die ‚area-studies‘ seien ein erster Schritt in die richtige Richtung, weil hier erstmals interdisziplinär über fremde Länder und Regionen gearbeitet werde. Allerdings verfüge dieser Ansatz noch nicht über eine solide konzeptionelle, theoretische und methodische Grundlage.

c) *Behavioralismus und Systemtheorie*: Seit den 50er Jahren setzte sich in den Vereinigten Staaten nach und nach eine an behavioralistischen (erfahrungswissenschaftlichen) Methoden und Forschungstechniken orientierte Wissenschaftsauffassung durch, deren wichtigstes Ziel es war, politische Phänomene durch die Beobachtung und theoriegeleitete Verarbeitung menschlichen Verhaltens beschreiben, erklären und voraussagen zu können. Auf die Politikwissenschaft übertragen bedeutete dies, dass nicht mehr untersucht werden sollte, welche politischen Institutionen und Verfahrensweisen die Verfassung eines Landes vorsieht und inwieweit diese der politischen Wirklichkeit entsprechen, sondern wie sich Individuen und Gruppen in und gegenüber diesen Institutionen verhalten.

Gleichzeitig avancierte der *Systembegriff* zu einer zentralen Analysekategorie. Nachdem aufgrund der zunehmenden ‚Arbeitsteilung‘ und der wachsenden Ausdifferenzierung der Sozial- und Politikwissenschaft die Kommunikation zwischen den einzelnen Disziplinen schwieriger geworden war, wollte die ‚Allgemeine Systemtheorie‘ dieser Tendenz entgegenwirken. Es sollten allgemeine Kategorien und Schemata gefunden werden, mit deren Hilfe sich die in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen beobachteten Gegebenheiten ordnen ließen. Letztendlich wollte man ein allgemeines Modellkonzept von Realität entwickeln, um so die nebeneinander existierenden Einzeldisziplinen wieder enger zusammenzuführen.⁸

Eingang in die *Vergleichende Politikwissenschaft* fand systemtheoretisches und behavioralistisches Gedankengut insbesondere durch die Arbeiten von Gabriel Almond. Seine 1960 erschienene Studie *The Politics of the Developing Areas* wurde zu einem Standardwerk der Disziplin.⁹ Wichtigstes Ziel Almonds war es, einen

⁸ Vgl. den Beitrag von Peter Thiery in diesem Band.

⁹ Vgl. Gabriel A. Almond, James S. Coleman (Hrsg.): *The Politics of the Developing Areas*, Princeton 1960; zum Folgenden vgl. Gabriel A. Al-

Analyserahmen zu entwerfen, der vergleichende Studien aller politischen Systeme ermöglichen und damit die Beschränkungen der *Vergleichenden Regierungslehre* überwinden sollte. Dies schlug sich auch in einer neuen Begrifflichkeit nieder. Statt von *comparative government* war jetzt von *comparative politics* die Rede, was im Deutschen heute meist mit *Vergleichende Politikwissenschaft* übersetzt wird.

Die von der *Vergleichenden Regierungslehre* benutzten Begriffe wie Staat, Nation, Regierung oder Opposition schienen Almond nicht dazu geeignet, diese Ziele zu verwirklichen, denn mit ihnen verbinde sich ein weitgehend auf die Betrachtung von Institutionen und Verfassungstexten reduziertes Politikverständnis. Zwar gebe es auch in afrikanischen, asiatischen oder lateinamerikanischen Ländern Regierungen, Parlamente und Verfassungen. Es handle sich dabei jedoch oft nur um bloße Hüllen. Um die politische Realität dieser Länder zu verstehen, sei es oft nicht besonders hilfreich, sich mit den formalen Institutionen zu beschäftigen. Dagegen seien andere, bislang vernachlässigte (kulturelle, soziale, ökonomische) Aspekte viel wichtiger, die im Hinblick auf ihre Funktionsleistungen für das politische System strukturiert wurden. Almond entwickelte unter Rückgriff auf Arbeiten von Easton und Parsons¹⁰ ein allgemeines Vergleichsmodell, das einem weniger ‚westlichen‘ Verständnis von Politik entsprechen sollte.

2.3 Politische Systemforschung

In Almonds Überlegungen spielen die Begriffe *Struktur* und *Funktion* eine wichtige Rolle: Als *Struktur* bezeichnet man regelmäßige und wahrnehmbare Handlungsformen bzw. Sätze von miteinander verbundenen *Rollen*. Almond verdeutlicht dies an einem Beispiel: Während der Beruf des Richters eine Rolle ist, kann ein Gericht als Struktur bezeichnet werden. Diese Struktur umfasst die Gesamtheit aller an einem Gericht wahrgenommenen Rollen, vom Gerichtsdienst über den Staatsanwalt bis hin zum Richter. Warum

mond: Introduction: A Functional Approach to Comparative Politics, ebd. S. 3-64 sowie Gabriel A. Almond, G. Bingham Powell: *Comparative Politics: A Developmental Approach*, Boston 1966.

¹⁰ Vgl. David Easton: *The Political System*, New York 1953; Ders.: *A Framework for Political Analysis*, Englewood Cliffs 1965; Talcott Parsons: *The Social System*, New York 1951.

bleibt man nicht einfach bei den überkommenen Bezeichnungen *Institution* (für das Gericht) und *Amt* (für den Richter)? Almonds Erklärung lautet folgendermaßen: Während die Begriffe Institution und Amt auf normative Regeln verweisen, die das Verhalten von Richtern, Staatsanwälten und Verteidigern leiten *sollen*, beziehen sich die Begriffe Rolle und Struktur auf das *empirisch wahrnehmbare Verhalten* dieser Individuen. Als *Funktion* bezeichnet man eine Aufgabe oder Leistung, die von einer bestimmten Struktur erbracht wird bzw. erbracht werden soll.

Alle politischen Systeme, egal wie sehr sie sich voneinander unterscheiden mögen, weisen nach Ansicht Almonds vier gemeinsame Charakteristika auf:

1. Alle politischen Systeme besitzen eine *politische Struktur*, d. h. sie verfügen über regelmäßige Handlungsformen, mittels derer die politische Ordnung aufrechterhalten werden soll. Die Strukturen können sich von Land zu Land stark unterscheiden, sie können mehr oder weniger formalisiert oder ausdifferenziert sein, aber es existiert kein Land, in dem es solche Strukturen nicht gibt.

2. Alle politischen Systeme üben die gleichen *Funktionen* aus. Almond geht in Anlehnung an Easton davon aus, dass das politische System nur eines von zahlreichen Subsystemen der Gesellschaft ist, von denen jedes spezifische Funktionen zu erfüllen hat. Neben dem politischen (Sub-)System gibt es beispielsweise ein ökonomisches und ein kulturelles Subsystem, mit denen das politische System durch *Inputs* und *Outputs* in einer wechselseitigen Austauschbeziehung steht. *Inputs* sind die Forderungen und Leistungserwartungen (*demands*), die aus der Umwelt an das politische System herangetragen werden, sowie die Unterstützung (*support*) der Bürgerinnen und Bürger für das politische System. *Outputs* sind diejenigen Handlungen, mit denen das politische System auf seine Umwelt einwirkt bzw. die Leistungen, die es für sie erbringt. Almond unterscheidet vier Input-Funktionen:

a) *Politische Sozialisation* bezeichnet den Prozess, durch den Individuen in die politische Kultur eines Landes eingeführt werden. Im Verlauf der Sozialisation entwickeln sich (beeinflusst z. B. durch Familie, Erziehung, Religion und Medien) die in einer Gesellschaft vorhandenen Grundeinstellungen gegenüber dem politischen System sowie die Einschätzungen bezüglich der eigenen politischen Rolle. *Politische Rekrutierung* meint die Einführung von Individuen in spezialisierte politische Rollen. Es geht beispielsweise

es darum, ob und wie junge Menschen für parteipolitische Arbeit gewonnen werden können und wie eine Gesellschaft ihre Führungseliten hervorbringt.

b) *Interessenartikulation* bezieht sich darauf, ob und wie die in einer Gesellschaft vorherrschenden Bedürfnisse und Interessen im Rahmen des politischen Geschehens geäußert und für politische Entscheidungsprozesse wirksam werden können (z. B. durch Verbände und zivilgesellschaftliche Akteure).

c) Der Begriff *Interessenaggregation* bezeichnet die Bündelung einzelner (bereits artikulierter) gesellschaftlicher Interessen und deren Vermittlung gegenüber dem politischen System (z. B. durch politische Parteien). Sie soll verhindern, dass die Problemlösungsverarbeitungskapazitäten des politischen Systems durch eine zu große Anzahl von konträren Partikularinteressen überlastet werden.

d) *Politische Kommunikation* bezieht sich auf diejenigen Mechanismen, die der Übermittlung von Informationen aus dem Bereich der Gesellschaft an die politischen Entscheidungsträger und umgekehrt dienen (z. B. Mediensystem).

Als *Output-Funktionen* nennt Almond Regelsetzung, Regelanwendung und Regelauslegung. Diese entsprechen weitgehend denjenigen Aufgaben, die der Staat laut klassischer demokratietheoretischer Vorstellungen gewaltenteilig durch Legislative, Exekutive und Judikative zu übernehmen hat.

Almond geht davon aus, dass die genannten Funktionen nicht notwendigerweise überall mittels identischer Strukturen gemeistert werden. Die Aufgabe der Vergleichenden Politikwissenschaft bestehe darin, herauszufinden, welche politischen Strukturen in unterschiedlichen politischen Systemen die jeweiligen Funktionen wahrnehmen (funktionale Äquivalente).

3. Alle politischen Strukturen sind *multifunktional*. Es existiert so gut wie nie ein genaues Entsprechungsverhältnis zwischen einer bestimmten Struktur und einer bestimmten Funktion. So dienen politische Parteien zwar in erster Linie der Interessenaggregation, sie können jedoch auch im Bereich der Interessenartikulation, bei der Regelsetzung oder bei der Regelanwendung eine Rolle spielen. „Moderne“ politische Systeme unterscheiden sich nach Ansicht Almonds von „traditionellen“ Systemen dadurch, dass sie über ausdifferenziertere politische Strukturen verfügen.

4. Alle politischen Systeme sind durch einen *kulturellen Mischcharakter* gekennzeichnet, d. h. sie sind nie völlig traditionell oder

völlig modern. Auch in ‚modernen‘ politischen Systemen, die über ausdifferenzierte Strukturen wie Parlamente, Bürokratien und Parteien verfügten, könne ‚vormodernen‘ bzw. ‚traditionellen‘ Verhaltensmustern (z. B. Verwandtschaftsbeziehungen und Gefühlen) eine wichtige politische Bedeutung zukommen.

Übersicht 1: Gemeinsame Merkmale politischer Systeme nach Almond

1.	Alle politischen Systeme besitzen eine politische <i>Struktur</i> .
2.	Alle politischen Systeme üben die gleichen <i>Funktionen</i> aus: <i>Input-Funktionen:</i> – politische Sozialisation und Rekrutierung – Interessenartikulation – Interessenaggregation – politische Kommunikation <i>Output-Funktionen:</i> – Regelsetzung – Regelanwendung – Regelauslegung
3.	Alle politischen Strukturen sind <i>multifunktional</i> .
4.	Merkmal aller politischen Systeme ist ihr <i>kultureller Mischcharakter</i> .

Das struktur-funktionale Systemmodell von Almond/Powell erlangte in der *Vergleichenden Politikwissenschaft* große Bedeutung. Erstmals stand damit ein allgemeines Modell zur Verfügung, mit Hilfe dessen unterschiedliche politische Systeme analytisch erfasst und einem Vergleich zugänglich gemacht werden konnten. Die Arbeiten Almonds und seiner Kollegen im 1954 unter seinem Vorsitz gegründeten *Committee on Comparative Politics* (CCP) des *Social Science Research Councils* gaben neben Anstößen für die theoretische und konzeptionelle Weiterentwicklung der *Vergleichenden Politikwissenschaft* auch zahlreiche Impulse für die Anfertigung empirischer Forschungsarbeiten. Im Mittelpunkt des Untersuchungsinteresses standen zunächst die ‚Entwicklungsländer‘. Sie waren von der *Vergleichenden Regierungslehre* meist in einer Kategorie ‚autoritäre Regierungssysteme‘ zusammengefasst und in der weiteren Betrachtung vernachlässigt worden. Jetzt entstanden zahlreiche, oft interdisziplinär angelegte Arbeiten, die sich mit den politischen Systemen oder deren Teilbereichen in den Ländern Af-

rikas, Asiens und Lateinamerikas beschäftigten und durch die sich der Wissensbestand über von der Politikwissenschaft lange Zeit vernachlässigte Länder enorm vergrößerte. Viele Forscher thematisierten die Bedeutung sozialer, kultureller und ökonomischer Faktoren für Prozesse des politischen und gesellschaftlichen Wandels. Dies alles stand unter dem Einfluss des Aufkommens neuer Erhebungstechniken (Umfragen, Interviews, Aggregatdatenanalyse etc.), deren weiträumige Anwendung durch die fortschreitende Entwicklung der Datenverarbeitungstechnik möglich wurde.¹¹

Auch für die Untersuchung der ‚entwickelten‘ Industrieländer griff man auf die von Almond entwickelten Kategorien zurück. So war z. B. die *Krisensequenztheorie*¹² ursprünglich mit Blick auf die ‚Entwicklungsländer‘ formuliert worden: Sie beschrieb typische Krisen, mit denen sich politische Systeme im Verlauf ihrer Entwicklung konfrontiert sehen, und schlug Strategien zur Krisenüberwindung vor. Dieser theoretische Ansatz wurde einige Jahre später auch als Grundlage für eine empirische Untersuchung der politischen Entwicklung in den USA und 13 europäischen Ländern herangezogen.¹³

2.4 Von der Politischen Systemtheorie zum ‚Neo-Institutionalismus‘

Kritik am struktur-funktionalen Systemmodell blieb nicht aus. Bemängelt wurde u. a. die zu einseitige Konzentration von Konzepten und empirischen Arbeiten auf die Input-Seite des politischen Systems. Almond hatte in seinen Arbeiten den Standpunkt vertre-

¹¹ Siehe beispielsweise: *David Apter: The Politics of Modernization*, Chicago 1965; *Robert Dahl: Polyarchy: Participation and Opposition*, New Haven 1971; *Ralf Dahrendorf: Class and Class Conflict in Industrial Society*, Stanford 1959; *Samuel P. Huntington: Political Order in Changing Societies*, New Haven 1968; *William Kornhauser: The Politics of Mass Society*, New York 1959; *Joseph LaPalombara, Myron Weiner* (Hrsg.): *Political Parties and Political Development*, Princeton 1966; *Seymour M. Lipset: The First New Nation: The United States in Historical and Comparative Perspective*, New York 1963; *Barrington Moore, Jr.: Social Origins of Dictatorship and Democracy*, Boston 1966. Vgl. auch den Beitrag von *Klaus Bodemer* in diesem Band.

¹² Vgl. *Leonard Binder* et al.: *Crises and Sequences in Political Development*, Princeton 1971.

¹³ Vgl. *Raymond Grew* (Hrsg.): *Crises of Political Development in Europe and the United States*, Princeton 1978.

ten, dass sich die Forscher in erster Linie mit den Input-Funktionen auseinander setzen sollten. In der empirischen Forschung führte dies zu neuen Einseitigkeiten. Hatte man sich zuvor vor allem für die Institutionen interessiert, so fielen diese jetzt fast völlig unter den Tisch. Die Output-Strukturen wurden meist als abhängige Variable betrachtet, d. h. man konzentrierte sich auf die Frage, wie sich soziale, wirtschaftliche, psychologische und kulturelle Faktoren auf die Entstehung und den Wandel von politischen Institutionen auswirkten. Dass umgekehrt auch die politischen Institutionen ihre Umwelt beeinflussen können (d. h. als unabhängige Variablen betrachtet werden können), geriet dagegen phasenweise fast in Vergessenheit.¹⁴

Trotz der erklärten Absicht, ein allgemein gültiges Kriterienraster zu entwickeln, blieben die Überlegungen Almonds dem eigenen politischen System, d. h. den politischen Verhältnissen in den Vereinigten Staaten verhaftet. Obwohl er ausdrücklich auf die Multifunktionalität politischer Strukturen hingewiesen hatte, verbanden Forscher eben doch mit der Funktion Interessensartikulation in der Regel die Verbände, mit der Funktion Interessenaggregation die politischen Parteien und mit den *Output*-Strukturen die Institutionen (!) Legislative, Exekutive und Judikative. Die analytische Trennschärfe zwischen Begriffen wie *Struktur* und *Institution* oder *Staat* und *politisches System* ließ oft zu wünschen übrig.

Almond und Powell reagierten auf die Kritik in späteren Arbeiten mit einer Ausdifferenzierung ihrer Modellvorstellungen, wobei sie insbesondere die *Output-Komponenten* des politischen Systems genauer betrachteten und zwischen vier Typen von *Steuerungsanstrengungen* und *-leistungen* unterschieden: *extractive*, *distributive*, *regulative* und *symbolic performances*.¹⁵ Der Begriff *extractive performance* bezieht sich darauf, mit welchen Mitteln (z. B. Steuern, Wehrpflicht) sich ein politisches System die finanziellen, personellen und sachlichen Ressourcen verschafft, die es

¹⁴ Dies gilt vor allem für die theoretischen Diskussionen. In der Forschungspraxis waren traditionellere Herangehensweisen nie vollständig durch die modernen Theorieansätze verdrängt worden.

¹⁵ In der deutschen Sprache existiert kein genaues Äquivalent für den englischen Begriff *performance* im Sinne des von Almond/Powell gemeinten Bedeutungsgehaltes. Am sinnvollsten erscheint uns eine Übersetzung als *Steuerungsanstrengungen und -leistungen* (des politischen Systems). Zum Folgenden vgl. Gabriel Almond u.a. (Hrsg.): *Comparative Politics Today*. A World View, New York 82004.

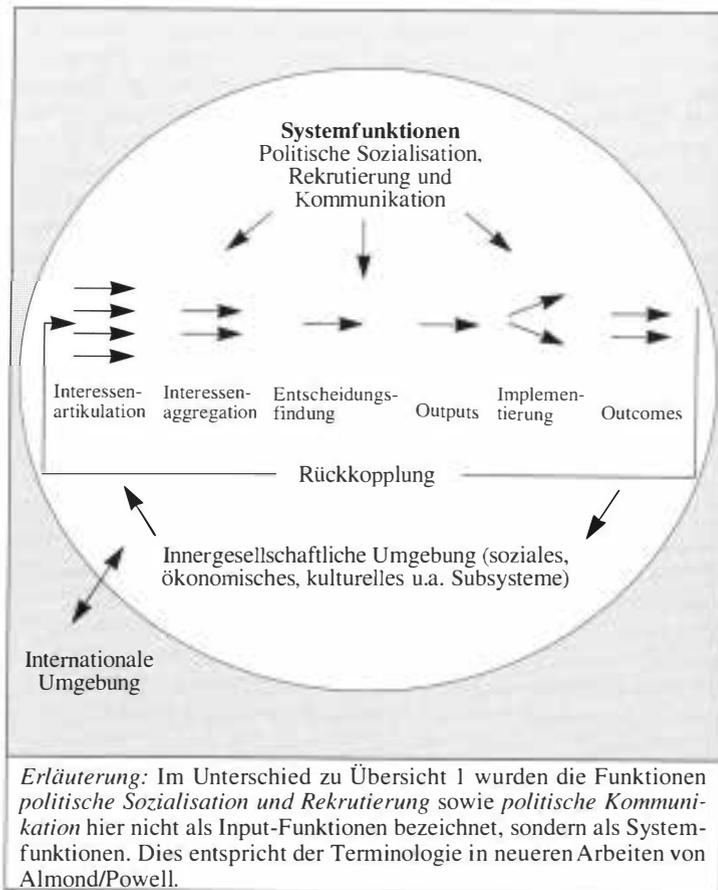
für die Erfüllung seiner Funktionen benötigt. *Distributive performance* bezeichnet die Art und Weise, wie Güter und Dienstleistungen in einer Gesellschaft verteilt werden und welche gesellschaftlichen Gruppen davon profitieren bzw. davon negativ betroffen sind (z. B. Sozialgesetzgebung). *Regulative performance* meint die Reichweite des staatlichen Gestaltungsanspruches gegenüber der Gesellschaft sowie die Anreiz- und/oder Zwangsmaßnahmen, die zur Durchsetzung dieses Anspruches eingesetzt werden (z. B. der Grad bürgerlicher Freiheitsrechte in einer Gesellschaft). Als *symbolic performance* werden diejenigen identitätsstiftenden äußeren Formen bezeichnet, die eingesetzt werden, um die Integrationskapazität des politischen Systems zu steigern (z. B. politische Reden, militärische Zeremonien, Flaggen).

Mit einer weiteren Modifikation des Systemmodells wurde berücksichtigt, dass die von einer Regierung getroffenen Entscheidungen nicht automatisch Wirksamkeit erlangen, sondern zunächst umgesetzt (implementiert) werden müssen. Um dies zu verdeutlichen, unterschieden Almond/Powell zwischen *outputs* im Sinne der Produktion von Gesetzen und Verordnungen einerseits und *outcomes* im Sinne von tatsächlichen Ergebnissen und Folgen der politischen Entscheidungen andererseits. So kann beispielsweise ein Gesetz zum Ausstieg aus der Kernenergie als *output* bezeichnet werden. Wie schnell und umfassend der Verzicht auf Atomkraftwerke zur Energiegewinnung dann tatsächlich realisiert wird (*outcome*), entscheidet sich erst im Verlauf der Implementierungsphase. Derartige Fragen wurden seit den 70er Jahren im Rahmen der *Politikfeldforschung* zu einem neuen Schwerpunkt der Politikwissenschaft, der auch zahlreiche vergleichend angelegte Studien hervorbrachte.¹⁶

Neben dem neuen Feld der vergleichenden *policy-Forschung* rückten seit den 80er Jahren auch die im Zuge des struktur-funktionalen *inputism* vernachlässigten *Institutionen* wieder stärker ins Blickfeld der Forschung, allerdings auf eine andere Art und Weise als zuvor. Vom ‚alten‘, vorwiegend an formalen Regelsystemen (Verfassungen, Gesetze) interessierten, historisch-deskriptiven Institutionalismus der Vergleichenden Regierungslehre unterscheidet sich der *Neo-Institutionalismus* durch eine systematisch-empirische Herangehensweise. Er betrachtet Institutionen sowohl als ab-

¹⁶ Siehe hierzu den Beitrag von Jörg Faust/Hans-Joachim Lauth in diesem Band.

Abbildung 1: Modell eines politischen Systems und seiner Funktionen nach Almond/Powell 1996 (Anm. 15)



hängige als auch als *unabhängige* Variable. Zudem werden nicht nur formal-institutionelle Gesichtspunkte berücksichtigt, sondern auch *informelle* Aspekte der politischen Realität. Wichtige Impulse für die Erneuerung der institutionellen Politiktheorien gingen einerseits von organisationstheoretischen Arbeiten aus, anderer-

seits von der politischen Ökonomie.¹⁷ Empirische Analysen der Leistungs- und Steuerungsfähigkeit politischer Institutionen im komplexen Wechselspiel gesellschaftlicher und ökonomischer Prozesse erfahren ebenso Aufmerksamkeit wie Untersuchungen zu Partizipation und Legitimation.¹⁸

Der von Douglass C. North verwendete Institutionenbegriff, der unter Institutionen die Spielregeln fasst, die das faktische Handeln leiten, erschließt neue Untersuchungsperspektiven. Er bietet Anknüpfungspunkte an soziologische, ethnologische und ökonomische Forschungen, die gleichfalls mit dem theoretischen und methodologischen Instrumentarium des Neo-Institutionalismus arbeiten.¹⁹ Dieser greift somit nicht nur das Anliegen der Interdisziplinarität auf, das die ‚klassische Systemtheorie‘ verfolgte, sondern realisiert in einem umfassenderen Sinne die Intention von Almond, die realen Strukturen – nun verstanden als Institutionen – zu analysieren, welche die beschriebenen Funktionen erfüllen. Allerdings – und dies sollte nicht verschwiegen werden – kontrastiert der angesprochene Institutionenbegriff mit der in der Politikwissenschaft gängigen Vorstellung von Institutionen als Organisationen (Parlamente, Parteien etc.), die North wiederum als Spieler (und nicht als Spielregeln) begreift. Die Aufnahme neo-institutionalistischer Ansätze in das Repertoire der Vergleichenden Politikwissenschaft erfordert somit eine präzise begriffliche Klärung, um inhaltliche Verwirrungen zu vermeiden.

¹⁷ Vgl. James March, Johan P. Olsen: The New Institutionalism. Organizational Factors in Political Life, in: American Political Science Review 78(1984)3, S. 734-749; dies.: Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics, New York 1989; Douglass C. North: Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung, Tübingen 1992 (engl. Orig. 1990); siehe auch Gerhard Göhler: Eigenart der Institutionen, Baden-Baden 1994; Hans-Hermann Hartwich (Hrsg.): Macht und Ohnmacht politischer Institutionen, Opladen 1989.

¹⁸ Vgl. Hans-Joachim Lauth, Ulrike Liebert (Hrsg.): Im Schatten demokratischer Legitimität. Informelle Institutionen und politische Partizipation im interkulturellen Vergleich, Opladen, Wiesbaden 1999.

¹⁹ Vgl. hierzu auch den Beitrag von Peter Imbusch/Hans-Joachim Lauth in diesem Band.

3. Ausgewählte Konzepte der Vergleichenden Politikwissenschaft

Es ist im Rahmen eines Überblicksaufsatzes nicht möglich, die ganze Palette von Themen, Konzepten und Theorieansätzen der *Vergleichenden Politikwissenschaft* vorzustellen. Um einen ersten Überblick zu geben, haben wir in Übersicht 2 einige zentrale Themenbereiche und Fragestellungen sowie weiterführende Literaturhinweise zusammengestellt, selbstverständlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit.²⁰ Im Anschluss werden wir einige Bereiche näher betrachten, ohne damit die anderen Themen abqualifizieren zu wollen. Herausgegriffen werden Überlegungen zu Regierungssystemen (3.1), zu Verbänden und Interessengruppen (3.2), zur politischen Kulturforschung (3.3) und zur Systemwechsel- und Transformationsforschung (3.4).

Übersicht 2: Zentrale Forschungsbereiche und Fragestellungen der Vergleichenden Politikwissenschaft

Themenbereich	Exemplarische Fragestellungen
Herrschafts- und Regierungssysteme	<p>Merkmale und Funktionszusammenhänge unterschiedlicher Typen politischer Herrschaft (demokratische, autoritäre, totalitäre Systeme); Vor- und Nachteile verschiedener Typen demokratischer Regierungssysteme (Parlamentarismus versus Präsidentialismus; Konsensmodell versus Mehrheitsmodell; Repräsentativmodell versus direkte Demokratie).</p> <p>Literatur: <i>Jürgen Hartmann:</i> Westliche Regierungssysteme: Parlamentarismus, präsidentielles und semi-präsidentielles Regierungssystem, Wiesbaden ²2005; <i>Wolfgang Ismayr</i> (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, Opladen ³2003; <i>ders.</i> (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen ²2004; <i>André Kaiser</i> (Hrsg.): Regieren in Westminster-Demokratien, Baden-Baden 2000; <i>Arend Lijphart:</i> Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries, New Haven/London 1999; <i>Ulrich Widmair, Andrea Gawrich, Ute Becker:</i> Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas. Ein einführendes Lehrbuch, Opladen 1999.</p>

Themenbereich	Exemplarische Fragestellungen
Parteien und Parteiensysteme	<p>Entstehung, Funktionen und Bedeutung von politischen Parteien in unterschiedlichen politischen Systemen: Parteientypologien; Klassifikation von Parteiensystemen.</p> <p>Literatur: <i>Joachim Betz, Gero Erdmann, Patrick Köllner</i> (Hrsg.): Die gesellschaftliche Verankerung politischer Parteien. Formale und informelle Dimensionen im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2004; <i>Russel J. Dalton:</i> Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies, New York ³2002; <i>Herbert Kitschelt, Zdenka Mansfeldova:</i> Post-Communist Party Systems. Competition, Participation, and Inter-Party Cooperation, Cambridge 1999; <i>Scott Mainwaring, Timothy R. Scully,</i> (Hrsg.): Building Democratic Institutions. Party Systems in Latin America, Stanford 1994; <i>Oskar Niedermayer, Richard Stöss, Melanie Haas</i> (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2005.</p>
Verbände und Interessengruppen	<p>Entstehung, Funktion und Bedeutung von Interessengruppen für das Funktionieren demokratischer politischer Systeme; Interessenvermittlung zwischen Staat und Verbänden.</p> <p>Literatur: <i>Attila Ágh, Gabriella Iloncszki</i> (Hrsg.): Parliaments and Organized Interests: The Second Steps, Budapest 1996; <i>Ulrich von Alemann, Bernhard Weßels</i> (Hrsg.): Verbände in vergleichender Perspektive. Beiträge zu einem vernachlässigten Feld, Berlin 1997; <i>Wolfgang Merkel, Eberhard Sandschneider</i> (Hrsg.): Systemwechsel 4. Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozess, Opladen 1999; <i>Philip Norton</i> (Hrsg.): Parliaments and Pressure Groups in Western Europe, London 1998; <i>Mancur Olson:</i> Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen, Tübingen ⁵2004; <i>Werner Reutter, Peter Rütters</i> (Hrsg.): Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa, Opladen 2001.</p>
Wahlen und Wahlsysteme	<p>Vorzüge / Nachteile unterschiedlicher Wahlsysteme; Auswirkungen des Wahlrechts auf die politische</p>

Themenbereich	Exemplarische Fragestellungen
	<p>Willensbildung und den Parteienwettbewerb: ‚gesetzmäßige‘ Auswirkungen von Wahlsystemen.</p> <p>Literatur: <i>Norbert Kersting, Harald Baldersheim</i> (Hrsg.): <i>Electronic Voting and Democracy. A Comparative Analysis</i>, Basingstoke 2005; <i>Lawrence LeDuc, Richard G. Niemi, Pippa Norris</i> (Hrsg.): <i>Comparing Democracies 2. New Challenges in the Study of Elections and Voting</i>, London u.a. 2003; <i>Arend Lijphart</i>: <i>Electoral Systems and Party Systems</i>, Oxford 1995; <i>Dieter Nohlen</i>: <i>Wahlrecht und Parteiensystem</i>, Opladen 2004.</p>
Politische Kultur und Wertewandel	<p>Einstellungen der Bevölkerung gegenüber den verschiedenen Instanzen politischer Systeme; Wissen über Politik, Beurteilung der Leistungen von politischen Systemen, Einschätzung der eigenen Rolle, der Partizipationsmöglichkeiten; Typen politischer Kultur.</p> <p>Literatur: <i>Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Bernhard Wessels</i> (Hrsg.): <i>Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess</i>, Wiesbaden 2002; <i>Ronald Inglehart</i>: <i>Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften</i>, Frankfurt/Main, New York 1998; <i>Max Kaase, Kenneth Newton</i>: <i>Beliefs In Government</i>, Oxford 1998; <i>Norbert Kersting; Lasse Cronqvist</i> (Hrsg.): <i>Democratization and Political Culture in Comparative Perspective</i>, Wiesbaden 2005; <i>Hans-Dieter Klingemann, Dieter Fuchs</i> (Hrsg.): <i>Citizens and the State</i>, Oxford 1998; <i>Detlef Pollack u.a.</i> (Hrsg.): <i>Political Culture in Post-Communist Europe. Attitudes in New Democracies</i>, Aldershot 2003; <i>Jan W. Van Deth, Elinor Scarbrough</i> (Hrsg.): <i>The Impact of Values</i>, Oxford 1998.</p>
Systemwechsel und Transformation	<p>Ursachen für den Zusammenbruch autokratischer Herrschaftssysteme; unterschiedliche Übergänge zur Demokratie; Akteure des Transformationsprozesses; Faktoren, die die Konsolidierungschancen ‚junger‘ Demokratien beeinflussen.</p>

Themenbereich	Exemplarische Fragestellungen
	<p>Literatur: <i>Dirk Berg-Schlosser</i> (Hrsg.): <i>Democratization. The State of the Art</i>. Wiesbaden 2004; <i>Samuel P. Huntington</i>: <i>The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century</i>, Norman/London 1991; <i>Juan Linz, Alfred Stepan</i>: <i>Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe</i>, Baltimore, London 1996; <i>Wolfgang Merkel et al.</i> (Hrsg.): <i>Systemwechsel 1-5</i>, Opladen 1994-2000; <i>Wolfgang Merkel</i>: <i>Systemtransformation</i>, Wiesbaden 2006; <i>Claus Offe</i> (Hrsg.): <i>Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge</i>, Frankfurt a. M./New York 2003.</p>

3.1 Regierungssysteme

Aus dem Bereich Herrschafts- und Regierungssysteme lassen sich mit den Debatten über Konsens- und Mehrheitsdemokratie sowie über Parlamentarismus und Präsidentialismus zwei zentrale Diskussionsstränge nennen. Arend Lijphart unterscheidet in seinem 1984 erschienenen Buch *Democracies* idealtypisch zwischen zwei Demokratiemodellen (Konsensdemokratie und Mehrheitsdemokratie) und untersucht dann auf der Grundlage einer quantitativ-empirisch fundierten Analyse von 21 Staaten mit gefestigten Demokratien für den Zeitraum 1945-1980 die Vor- und Nachteile der einzelnen Bestandteile der beiden Modelle.²¹ In der 1999 erschienenen, grundlegend überarbeiteten Neuauflage *Patterns of Democracy* wurde die Anzahl der untersuchten Länder auf 36 und der Untersuchungszeitraum auf die Jahre 1945-1996 ausgeweitet.

²⁰ Zu nennen wäre etwa auch, um nur ein Beispiel zu nennen, der Bereich der vergleichenden Regional- und Lokalstudien. Mit ‚Making Democracy Work‘ (Princeton 1993) hat *Robert Putnam* eine Studie vorgelegt, die in den 90er Jahren zu den am meisten beachteten Arbeiten auf diesem Gebiet zählte.

²¹ Vgl. *Arend Lijphart*: *Democracies: Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*, New Haven, London 1984.

Lijphart geht auch der Frage nach, inwiefern sich der Demokratietyp auf die Performanz der jeweiligen Systeme im Sinne von makroökonomischen Leistungen (Wirtschaftswachstum, Inflationkontrolle, Arbeitsmarkt), Kontrolle von Gewalt, Demokratiequalität (Repräsentation von Frauen, Gleichheit, Wahlbeteiligung) sowie auf die Leistungen in Bereichen wie wohlfahrtsstaatliche Politik, Umweltschutz und Entwicklungshilfe auswirkt.²² Durch eine aufwendige Operationalisierung der institutionenbezogenen Variablen (Parteiensysteme, Kabinetttypen, Beziehungen Exekutive-Legislative, Wahlsysteme, Interessengruppen, Staatsaufbau, Parlamente, Verfassungen, Zentralbanken) gelingt es Lijphart, die große Zahl der untersuchten Länder einem makro-quantitativen Vergleich zugänglich zu machen, ohne dass dabei die Eigenheiten der jeweiligen Länder übersehen werden.

An die Überlegungen von Lijphart schließen sich Arbeiten zum Thema *Constitutional Engineering* an, die nun auch andere institutionelle Designs betrachten.²³ So setzt sich etwa Giovanni Sartori anhand einer Analyse von Wahl-, Parteien- und Regierungssystemen mit der Frage auseinander, inwiefern durch zielgerichtete Reformen formaler Institutionen positive Ergebnisse für die Demokratie bewusst erzeugt werden können. Er knüpft damit an eine Debatte an, die vor allem in Lateinamerika in den 80er Jahren breiten Raum einnahm: Dabei ging es um die Frage, ob durch Verfassungsreformen, vor allem durch einen Übergang von präsidentiellen zu parlamentarischen Regierungssystemen, die Regierbarkeit und die Konsolidierung der Demokratie in Ländern, die immer wieder mit autoritären Herrschaftsformen konfrontiert waren, gezielt gefördert werden könnten. Insbesondere die weltweit stark wahrgenommene Präsidentialismuskritik des spanischen Politikwissenschaftlers Juan Linz hatte eine derartige Debatte angeheizt.²⁴

²² Vgl. *Arend Lijphart: Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven, London 1999.

²³ Vgl. *Jon Elster, Claus Offe, Ulrich Klaus Preuss: Institutional Design in Post-Communist Societies: Rebuilding the Ship at Sea*, Cambridge 1997; *Arend Lijphart, Carlos Waisman* (Hrsg.): *Institutional Design in New Democracies: Eastern Europe and Latin America*, Cambridge 1996; *Giovanni Sartori: Comparative Constitutional Engineering*, Basingstoke u. a. 1997.

²⁴ Vgl. *Juan Linz: The Perils of Präsidentialism*, in: *Journal of Democracy* 1(1990)1, S. 51-69; ders.: *The Virtues of Parliamentarism*, in: *Journal of Democracy* 1(1990)4, S. 84-91.; ders.: *Präsidential or Parliamentary*

Allerdings drohte im Verlauf dieser Diskussionen immer wieder der Rückfall in einen ‚klassischen‘ Institutionalismus, der die Vor- und Nachteile alternativer institutioneller Regelungsmechanismen sozusagen losgelöst vom historischen Entwicklungsweg und vom gesellschaftlichen Umfeld der untersuchten Länder diskutierte. Vielversprechender ist demgegenüber eine konfigurativ-vergleichende Analyse von Regierungssystemen, die spezifische Strukturmerkmale des Regierens auf formal-institutionelle, organisatorisch-strukturelle und politisch-kulturelle Merkmale der jeweiligen politischen Systeme zurückführt.²⁵

3.2 Interessengruppen

Französische Bauern werfen vor der Nationalversammlung in Paris tonnenweise Obst und Gemüse auf die Straße, um gegen die Europapolitik ihrer Regierung zu protestieren. Deutsche Unternehmerverbände verlangen von der Regierung eine Flexibilisierung der gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen. Argentinische Menschenrechtsgruppen veranstalten einen wöchentlichen Schweigemarsch durch die Hauptstadt ihres Landes, um eine Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen während der letzten Diktatur zu fordern. Dies sind einige sehr unterschiedliche Beispiele dafür, wie Individuen sich in Gruppen zusammenschließen, um Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen. Interessengruppen bilden neben den politischen Parteien das wichtigste Bindeglied zwischen Gesellschaft und Staat. In den meisten Ländern der Erde existiert eine Vielzahl solcher Organisationen. Die Bandbreite reicht von wirtschaftlichen Interessengruppen wie Gewerkschaften oder Unternehmerverbänden über religiöse Vereinigungen, Sportverbände und Großorganisationen wie dem ADAC bis zu Frauen-, Umwelt-, Friedens- und Dritte-Welt-Gruppen.

Die politikwissenschaftliche Erforschung der Interessenvermittlung zwischen Gesellschaft und Staat kann aus unterschiedlichen theoretischen Blickwinkeln vorgenommen werden. *Pluralistische*

Democracy: Does it make a difference?, in: *ders.; Arturo Valenzuela* (Hrsg.): *The Failure of Präsidential Democracy*, Baltimore, London 1994, S. 3-87.

²⁵ Einen solchen Ansatz verfolgt beispielsweise *Bernhard Thibaut: Präsidentialismus und Demokratie in Lateinamerika*. Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay im historischen Vergleich, Opladen 1996.

Verbandstheorien interessieren sich für den Einfluss der gesellschaftlichen Interessengruppen auf politische Entscheidungsprozesse. In der pluralistischen Konkurrenzdemokratie gilt die Vielfalt und Heterogenität gesellschaftlicher Interessen als wünschenswert und legitim. Interessengruppen bilden sich frei und sind in ihren Entscheidungen autonom. Miteinander konkurrierende Gruppen partizipieren mit gleichen Rechten am politischen Prozess. Dabei entstehende gesellschaftliche und politische Konflikte werden als legitim betrachtet. Um eine friedliche Lösung von Konflikten durch Kompromisse zu ermöglichen, ist ein Mindestmaß an Konsens (über formale Spielregeln bzw. Modi der Konfliktaustragung) notwendig. Das Gemeinwohl gilt nicht als a priori feststellbare, allgemein verbindliche Richtschnur von Politik (im Sinne von Rousseau), sondern als Ergebnis des pluralistischen Willensbildungsprozesses, als ‚regulative Idee‘.²⁶

Die seit den 70er Jahren entstandenen *Korporatismustheorien* teilen grundsätzlich die normativen Prämissen des Pluralismus. Sie betonen jedoch deutlicher als die Pluralismustheorien, dass der Staat in modernen Industriegesellschaften nicht nur passiver Adressat des Verbandseinflusses ist, sondern selbst eine aktive, steuernde und intervenierende Rolle spielt. Von korporatistischer Interessenvermittlung spricht man, wenn zwischen gesellschaftlichen Großverbänden (insbesondere Gewerkschaften und Unternehmerverbänden) und Staat ein enges wechselseitiges Beziehungsgeflecht existiert, in dessen Rahmen Probleme durch eine institutionalisierte, konsensorientierte Zusammenarbeit gelöst werden sollen.²⁷

Neuere Konzepte der Interessenvermittlung greifen auf pluralistische und korporatistische Verbandstheorien zurück, gehen jedoch bewusst auch darüber hinaus. Weite Verbreitung fand seit den 80er Jahren die Modellierung politischer Entscheidungsprozesse

²⁶ Zur Entstehung und Entwicklung der Pluralismustheorie vgl. *Hans Kremen-dahl*: Pluralismustheorie in Deutschland. Entstehung, Kritik, Perspektiven, Leverkusen 1977; *Franz Nuscheler, Winfried Steffani* (Hrsg.): Pluralismus. Konzeptionen und Kontroversen, München 1972.

²⁷ Zur Korporatismusdebatte vgl. *Ulrich von Alemann*: Interessenvermittlung in Westeuropa: Die Diskussion um Korporatismus in der vergleichenden Politik, in: *Ulrich von Alemann, Eberhard Forndran* (Hrsg.): Interessenvermittlung und Politik, Opladen 1983, S. 116-142; *Werner Reutter*: Korporatismustheorien. Kritik, Vergleich, Perspektiven, Frankfurt/Main 1991.

als *Politiknetzwerke*. Derartige Ansätze liegen an der Schnittstelle zwischen Verbände- und Politikfeldforschung und tragen der Tatsache Rechnung, dass an Prozessen der politisch-administrativen Interessenvermittlung in modernen Industriegesellschaften eine Vielzahl interessenpolitischer Akteure auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen mitwirkt. Neben den ‚klassischen‘ Akteuren Regierung, Verwaltung, Parteien und Verbänden können dazu je nach Politikbereich und anstehenden Entscheidungen auch Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen oder andere zivilgesellschaftliche Akteure gehören. *Netzwerkanalysen* sind darum bemüht, der Komplexität dieser Akteurskonstellationen gerecht zu werden.²⁸ Empirisch-vergleichende Arbeiten aus dieser Perspektive liegen z. B. für Entscheidungsprozesse in der Arbeits- und Sozialpolitik und im Bereich Telekommunikation vor.²⁹

Die Beschleunigung des europäischen Integrationsprozesses und die damit einhergehende Entgrenzung nationalstaatlicher Entscheidungsspielräume konfrontiert auch die Akteure der verbandlichen Interessenvermittlung mit einer neuartigen Situation. Wie etwa Gewerkschaften und Unternehmerbände mit derartigen Herausforderungen umgehen, wurde in den vergangenen Jahren in einer Reihe größerer Forschungsprojekte europaweit analysiert.³⁰

²⁸ Zur Netzwerkanalyse vgl. *Bernd Marin, Renate Mayntz* (Hrsg.): Policy Networks, Frankfurt/Main 1991; *Klaus Schubert*: Politische Netzwerke, Bochum 1995 sowie den Beitrag von *Jörg Faust/Hans-Joachim Lauth* in diesem Band.

²⁹ Vgl. *Franz U. Pappi, Thomas König, David Knoke*: Entscheidungsprozesse in der Arbeits- und Sozialpolitik. Der Zugang zum Regierungssystem über Politikfeldnetze. Ein deutsch-amerikanischer Vergleich, Frankfurt/Main 1995; *Volker Schneider, Godefroy Dang Nguyen, Raymund Werle*: Corporate Actor Networks in European Policy Making: Harmonizing Telecommunications Policy, in: *Journal of Common Market Studies* 32 (1994), S. 473-498.

³⁰ Vgl. *Ulrich von Alemann, Bernd Weßels* (Hrsg.): Verbände in vergleichender Perspektive, Berlin 1997; *Colin Crouch*: Industrial Relations and European State Traditions, London 1994; *ders., Franz Traxler* (Hrsg.): Organized Industrial Relations in Europe. What Future?, London 1995; *Volker Eichener, Helmut Voelzkow*: Europäische Integration und verbandliche Interessenvermittlung, Marburg 1994; *Justin Greenwood, Jürgen R. Grote, Karsten Ronit* (Hrsg.): Organized Interests and the European Community, London 1992; *Ralf Kleinfeld, Wolfgang Luthardt* (Hrsg.): Westliche Demokratien und Interessenvermittlung, Marburg 1993.

3.3 Politische Kultur

Politiker reden vom ‚Verfall der politischen Kultur‘, in Polit-Talkshows unterstellen sich die Diskutanten gegenseitig, die politische Kultur im Lande beschädigt zu haben, in Zeitungen wird von einem ‚Mangel an politischer Kultur‘ berichtet ... Der Begriff ‚politische Kultur‘ wird nicht selten als Kampfformel in der politischen Auseinandersetzung gebraucht, einmal mehr, einmal weniger polemisch. Aber jenseits eines normativ aufgeladenen Vorstellungsinhalts, der mit dieser Begrifflichkeit verbunden ist, gibt es auch ein politikwissenschaftliches, vor allem in der angelsächsischen Tradition verwurzeltes Verständnis von ‚politischer Kultur‘ im Sinne eines empirisch-analytischen Konzepts. Demnach ist ‚politische Kultur‘ nicht per se ein Qualitätsmerkmal, sondern ein wertfreier Begriff. Folglich hat auch jedes Land eine politische Kultur; es kann also keinen Mangel an politischer Kultur geben. Die konkrete Ausgestaltung der politischen Kultur ist von Land zu Land natürlich sehr unterschiedlich. Hier hängt es dann von den konkreten Beurteilungskriterien ab, welchen Ausprägungen politischer Kultur eine höhere Qualität (z. B. hinsichtlich der Frage, wie sich die Einstellungen der Bevölkerung auf die Stabilität eines demokratischen politischen Systems auswirken) zugeschrieben wird.

Untersuchungen zur politischen Kultur sind seit den 60er Jahren zu einem Schwerpunkt der *Vergleichenden Politikwissenschaft* geworden. Grundsätzlich geht es bei diesem Themenkomplex um das Verhältnis zwischen Mikrostrukturen (Individuen, Gruppen) und Makrostrukturen (Staat, politisches System) der Gesellschaft. Nach dem Verständnis von Almond/Verba ergibt sich die politische Kultur aus der Verteilung der in einer Gesellschaft vorhandenen individuellen Kenntnisse (kognitive Dimension), Gefühle (affektive Dimension) und Bewertungen (evaluative Dimension) gegenüber dem politischen System, bezieht sich also auf die Gesamtheit der politischen Einstellungen. In ihrer 1963 erschienenen Pionierstudie *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations* unterscheiden sie drei Idealtypen politischer Kultur, die jeweils in Zusammenhang mit dem Entwicklungsstadium einer Gesellschaft stehen.³¹

³¹ Die Studie beruhte auf ca. 5000 Interviews, die in den USA, Großbritannien, Deutschland, Mexiko und Italien durchgeführt wurden. 1965 folgte die auf zehn Länder ausgeweitete Untersuchung von Lucian W.

- die vormoderne *parochiale* politische Kultur (die Bevölkerung nimmt nur die unmittelbare Umgebung wahr, sieht also – deswegen auch *parochial* – nur den eigenen Kirchturm, so dass sich keine Einstellungen gegenüber dem gesamten politischen System herausbilden),
- die *Untertanenkultur* (die Bevölkerung hat eine Beziehung zum politischen System entwickelt, die sich allerdings nur an den *Output*-Strukturen orientiert) und
- die *partizipative* politische Kultur (die Einstellungen der Bevölkerung zum politischen System orientieren sich nicht nur an den *Output*-, sondern auch an den *Input*-Strukturen, d. h. im Unterschied zur Untertanenkultur ist eine aktive politische Beteiligung der Bevölkerung eingeschlossen).

Die damaligen Ergebnisse sind 1980 einer kritischen Revision unterzogen worden.³² Zu den bemerkenswertesten Erkenntnissen zählte, dass man bezüglich England und Deutschland zu beinahe entgegengesetzten Beurteilungen kam als noch 17 Jahre zuvor: Englands politische Kultur mit ihrem ehemaligen Vorbildcharakter als *civic culture* (Staatsbürgerkultur, die sich als eine mögliche Mischung aus den drei Idealtypen ergibt und die Stabilität und Funktionsfähigkeit demokratischer Systeme begünstigt) wurde deutlich negativer eingeschätzt. Den recht pessimistischen Vorausagen aus dem Jahre 1963 bezüglich Deutschland mit seiner Untertanenkultur stand nun eine Einschätzung gegenüber, die Deutschland, unterstützt durch die politische Kultur, als Modell einer stabilen Demokratie sah.

Deutschland gehört auch zu den Ländern, die Ronald Inglehart in seinen Untersuchungen zum Wertewandel berücksichtigt hat, mit denen er unter dem Stichwort *silent revolution* weit über die Grenzen der Sozialwissenschaften hinaus bekannt geworden ist.³³

Pye, Sidney Verba (Hrsg.): *Political Culture and Political Development*, Princeton 1965. Zu einer Diskussion der Idealtypen sowie einer ausführlichen Kritik am Konzept der politischen Kultur von Almond/Verba vgl. *Oscar W. Gabriel*: *Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1986, S. 28ff.

³² Vgl. *Gabriel A. Almond, Sidney Verba* (Hrsg.): *The Civic Culture Revisited. An Analytic Study*, Boston 1980.

³³ Zu den wichtigsten Arbeiten von *Inglehart* zählen: *The Silent Revolution: Intergenerational Change in Postindustrial Societies*, in: *American Political Science Review* 65(1971)5, S. 991-1017; *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Prin-

Sein Erkenntnisinteresse galt zunächst der Erklärung von Phänomenen, die in den 70er Jahren verstärkt zu beobachten waren, wie z. B. Veränderungen im Wahlverhalten, die Entstehung von Umwelt- und Protestparteien, das damals zunehmende Engagement in Bürgerinitiativen und das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen. Die zentrale These Ingleharts lautet, dass es in den westlichen Industrienationen einen Wandel in der politischen Kultur gegeben hat: Aufgrund der langanhaltenden Phase wirtschaftlicher Prosperität habe eine verstärkte Hinwendung zu postmaterialistischen Wertvorstellungen stattgefunden. Grundsätzlich gelte zwar, dass in der Bedürfnishierarchie materielle Bedürfnisse Priorität genießen. Da diese aber bei der jüngeren, im Wohlstand groß gewordenen Generation bereits in deren Sozialisationsphase befriedigt worden seien, hätten postmaterialistische Wertorientierungen an Bedeutung gewonnen.³⁴

Was sind nun aber überhaupt ‚materialistische‘ bzw. ‚postmaterialistische‘ Werte? Inglehart hat dies auf der Basis der seit 1970 regelmäßig in den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft durchgeführten Umfragen (Eurobarometer) operationalisiert. Die Befragten sollen aus einer vorgegebenen Liste vier Ziele in eine Rangfolge bringen. Eine materielle Wertorientierung besitzen nach Inglehart nun diejenigen, die die an physischen Bedürfnissen orientierten Ziele ‚Aufrechterhaltung der Ordnung in der Nation‘ und ‚Kampf gegen steigende Preise‘ bevorzugen. Für Postmaterialisten hingegen ist ‚verstärktes Mitspracherecht der Menschen bei wichtigen Regierungsentscheidungen‘ und der

ceton 1977: *Kultureller Umbruch: Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt/Main, New York 1989; *Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften*, Frankfurt/Main, New York 1998 sowie zusammen mit Paul R. Abramson: *Value Change in Global Perspective*, Michigan 1995.

³⁴ Inglehart geht von der grundsätzlichen Annahme aus, dass Menschen denjenigen Bedürfnisse am meisten Beachtung schenken, deren Befriedigung relativ unsicher ist. Ergänzt wird diese so genannte Mangelhypothese, nach der verhältnismäßig knappen Gütern subjektiv der größte Wert zugemessen wird, durch eine zweite Annahme: Demnach bilden sich Wertprioritäten nicht unmittelbar aus dem aktuellen sozio-ökonomischen Umfeld, sondern reflektieren überwiegend die während der Jugendzeit vorherrschenden Bedingungen (Sozialisationshypothese). Infolgedessen unterliegt die Bildung individueller Wertprioritäten immer auch einer zeitlichen Verzögerung.

‚Schutz der freien Meinungsäußerung‘ wichtiger. Aus den Umfrageergebnissen lässt sich dann ein Index errechnen, aus dem sich vier Wertetypen ergeben: ‚reine‘ Materialisten, ‚gemischte‘ Materialisten, ‚gemischte‘ Postmaterialisten, ‚reine‘ Postmaterialisten.

In folgenden Untersuchungen entwickelte Inglehart seinen Ansatz weiter. So ergänzte er z. B. die Vierer-Skala um acht weitere Items.³⁵ Zusätzliches Datenmaterial lieferte ihm vor allem der *World Value Survey*. Waren in einer ersten Welle Anfang der 80er Jahre noch 24 Gesellschaften Gegenstand der Untersuchung, so erfasste die zweite Befragungswelle etwa zehn Jahre später 43 Nationen. Auf dieser Basis stellte Inglehart Ende der 90er Jahre fest, dass die von ihm fast 30 Jahre zuvor konstatierte Verschiebung von materialistischen zu postmaterialistischen Werten nur ein Teil einer weitaus größeren kulturellen Verschiebung sei, die er mit dem Etikett ‚Postmodernisierung‘ versieht.

Ohne hier detaillierter auf die Ergebnisse von Inglehart eingehen zu können, so bleibt bemerkenswert, dass im Kontext des von ihm koordinierten *World Value Survey* von 1995 bis 1998 eine dritte und von 1999 bis 2001 eine vierte Welle durchgeführt wurde. Dabei konnte die Zahl der weltweit berücksichtigten Länder noch einmal auf 54 bzw. 60 erhöht werden.³⁶ Dieses heute verfügbare, aus Umfragen gewonnene Datenmaterial liefert die Basis für bislang kaum vorhandene Möglichkeiten des interkulturellen Vergleichs. Eine fünfte Befragungswelle wurde für den Zeitraum von Juli 2005 bis Ende 2006 in Angriff genommen.

3.4 Systemwechsel- und Transformationsforschung

Im Jahr 1974 gab es weltweit unter 145 unabhängigen Staaten nur 39 Demokratien (26,9%). Gut zwanzig Jahre später (1996) wur-

³⁵ Doch auch die Weiterentwicklung änderte nichts daran, dass sich sowohl die theoretische Konzeptualisierung als auch die Operationalisierung der Wertprioritäten massiver Kritik ausgesetzt sah und sieht. Diese mündet zu einem wesentlichen Teil in dem Vorwurf, gesellschaftlicher Wertewandel werde zu sehr als eindimensionaler Prozess verstanden. Zusammenfassend zur Kritik am Wertewandelkonzept mit einer Reihe weiterer Literaturhinweise siehe: *Wilhelm Bürklin, Markus Klein, Achim Ruß: Dimensionen des Wertewandels. Eine empirische Längsschnittanalyse zur Dimensionalität und Wandlungsdynamik gesellschaftlicher Wertorientierungen*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 35(1994)4, S. 579-606.

³⁶ Vgl. den Beitrag von *Christian Welzel* in diesem Band.

Übersicht 3: Die drei Wellen der Demokratisierung nach Huntington

Welle	Periode	Beispiele
Erste	1828-1916	Großbritannien, Frankreich, USA
Zweite	1943-1962	Indien, Israel, Japan, Westdeutschland
Dritte	1974-1991	Südeuropa, Lateinamerika, Osteuropa, Asien, Afrika

nete,³⁸ begann in den 70er Jahren in Südeuropa, setzte sich in den 80er Jahren in Lateinamerika fort und ergriff mit den epochalen Ereignissen seit 1989 auch Ostmittel- und Osteuropa. Auch in einigen asiatischen und afrikanischen Ländern konnten sich im genannten Zeitraum demokratische Herrschaftsformen etablieren.

Für die *Vergleichende Politikwissenschaft* in Gestalt der Systemwechsel- und Transformationsforschung³⁹ warf diese Entwicklung eine Reihe von Fragen auf: Warum kommt es zum Zusammenbruch von Diktaturen, die oft über viele Jahre oder gar Jahrzehnte äußerst stabil erschienen? Welchen Verlauf nimmt die Demokratisierung und welche Akteure spielen in derartigen Prozessen eine Rolle? Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit die demokratischen Verhältnisse auf Dauer erhalten werden können? Seit Mitte der 80er Jahre widmeten sich weltweit immer mehr Forscher entsprechenden Fragestellungen; mit *Journal of Democracy* und *Democratization* wurden 1990 bzw. 1994 sogar wissenschaftliche Zeitschriften gegründet, die sich ausschließlich mit Demokratisierungsfragen beschäftigen. Im Unterschied zu den weitgehend aus einer funktionalistischen oder strukturalistischen Perspektive geschriebenen Demokratisierungsstudien der 50er und 60er Jahre⁴⁰

den dagegen von 191 Staaten 118 als demokratisch eingestuft (61,8%).³⁷ Diese Entwicklung von der Diktatur zur Demokratie, die der amerikanische Politologe Samuel P. Huntington als ‚Dritte Demokratisierungswelle‘ bezeichnete,³⁸

³⁷ Vgl. *Larry Diamond*: Developing Democracy. Toward Consolidation, Baltimore, London 1999, S. 25.

³⁸ *Samuel Huntington*: The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century, Norman, London 1991.

³⁹ Zur Einführung in die Systemwechsel- und Transformationsforschung siehe *Wolfgang Merkel*: Systemtransformation, Opladen 1999.

⁴⁰ Vgl. *Barrington Moore*: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Frankfurt/Main 1969; *Samuel P. Huntington*: Political Order in Chan-

dominierten in der neueren Forschung zunächst jene Ansätze, die den *Akteuren* und deren strategischen Wahlmöglichkeiten einen hohen Stellenwert einräumten.⁴¹ Standen dabei thematisch zunächst der Zusammenbruch der autokratischen Herrschaftssysteme und der Weg zur Demokratie im Mittelpunkt des Interesses, so richtete sich die Aufmerksamkeit später verstärkt auf Themen wie die *Konsolidierung* und die *Qualität der neuen Demokratien*. Die anfängliche Euphorie machte rasch wachsender Skepsis hinsichtlich der realen Beschaffenheit vieler ‚neuer‘ Demokratien Platz, was sich auch in Begrifflichkeiten wie ‚delegative‘ oder ‚defekte‘ Demokratie niederschlug.⁴²

In diesem Kontext stellten sich dann auch Fragen nach der Operationalisierung unterschiedlicher Demokratiemodelle und der empirischen Bestimmung der Qualität einer Demokratie, wie sie im Bereich der Demokratiemessung behandelt werden.⁴³

Stellvertretend für die Analysen, die aus z. T. international besetzten empirischen Forschungsprojekten im Rahmen der Systemwechselforschung hervorgingen, wollen wir im folgenden einige Aspekte aufgreifen, die Juan J. Linz und Alfred Stepan in ihrem Buch *Problems of Democratic Transition and Consolidation* analysieren. Auf der Grundlage eines umfassenden theoretischen Kon-

ging Societies, New Haven, London 1968; *Seymour Martin Lipset*: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, in: *American Political Science Review* 53(1959), S. 69-105.

⁴¹ Vgl. *Guillermo O'Donnell*, *Philippe C. Schmitter*, *Laurence Whitehead* (Hrsg.): Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy, Baltimore, London 1986; *Adam Przeworski*: Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge 1991.

⁴² Vgl. *Guillermo O'Donnell*: Delegative Democracy, in: *Journal of Democracy* 5(1994)1, S. 55-70; *Hans-Joachim Lauth*: Dimensionen der Demokratie und das Konzept defekter und funktionierender Demokratien, in: *Gert Pickel et al.*: Demokratie: Entwicklungsformen und Erscheinungsbilder im interkulturellen Vergleich, Frankfurt/Oder, Bamberg 1997, S. 33-53; *Wolfgang Merkel et al.*: Defekte Demokratien, 2 Bde, Opladen 2003. Vgl. auch die Übersicht bei *David Collier*, *Steven Levitsky*: Democracy with Adjectives: Conceptual Innovation in Comparative Research, in: *World Politics* 49(1997)3, S. 430-451.

⁴³ Vgl. u.a. *Hans-Joachim Lauth*: Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich, Wiesbaden 2004.

zeptes werden die Demokratisierungs- und Konsolidierungsbemühungen in insgesamt 15 südeuropäischen, lateinamerikanischen und postkommunistischen Ländern behandelt.⁴⁴ Die Autoren definieren zunächst die grundlegenden Begriffe *Liberalisierung*, *Demokratisierung*, *Transition* und *Konsolidierung* (vgl. *Übersicht 4*).

Übersicht 4: Grundlegende Begriffe der Systemwechselforschung nach Linz/Stepan

Liberalisierung: Lockerung der Kontroll- und Repressionsmechanismen des autoritären Systems (z. B. Aufhebung von Zensur, mehr Spielräume für zivilgesellschaftliche Aktivitäten)

Demokratisierung: Garantie spezifisch *politischer Partizipationsrechte* (freie Wahlen etc.)

Transition: Übergangsphase vom autoritären zum demokratischen System; freie Wahlen sind eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für den Abschluss der Transition; die Kontrolle der demokratisch legitimierten Regierung über den Staat darf nicht durch Sonderrechte nicht demokratisch legitimer Machtfaktoren (z. B. Militär) eingeschränkt sein

Konsolidierung: Demokratie wird zum *only game in town*: Keine signifikante Gruppe versucht ernsthaft, das Regime zu destabilisieren; die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ist davon überzeugt, dass jeder zukünftige politische Wandel in einem demokratischen Rahmen ablaufen sollte; die politischen Akteure haben sich daran gewöhnt, dass politische Konflikte mittels etablierter Normen gelöst werden und Verstöße gegen diese Normen ineffektiv und kostspielig sind.

Linz/Stepan unterscheiden zwischen *fünf Arenen*, deren Existenz und wechselseitige Interaktion sie als Voraussetzung für die Konsolidierung eines demokratischen politischen Systems betrachten. Dabei handelt es sich um 1.) eine vitale und autonome *Zivilgesellschaft*, 2.) eine legitime und funktionierende *politische Gesellschaft*, 3.) einen von allen Akteuren akzeptierten *Rechtsstaat*, 4.) einen auch von der Zivilgesellschaft akzeptierten und finanziell ausreichend ausgestatteten *Staatsapparat* sowie 5.) eine zumindest teilweise an Marktprinzipien orientierte *ökonomische Gesellschaft*,

⁴⁴ Zum Folgenden vgl. Juan J. Linz, Alfred Stepan: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Baltimore, London 1996.

die den für die Erzeugung kollektiver Güter notwendigen Überschuss produziert und eine materielle Grundlage für eine autonome und pluralistische Zivilgesellschaft und politische Gesellschaft bietet.⁴⁵

Für alle drei analysierten südeuropäischen Länder (Spanien, Portugal, Griechenland) konstatieren Linz/Stepan eine Konsolidierung der Demokratie. Neben endogenen Faktoren waren dafür auch günstige internationale Bedingungen (u. a. die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft) ausschlaggebend. Skeptischer fällt dagegen die Beurteilung der südamerikanischen Fallbeispiele Argentinien, Brasilien und Chile aus. Lediglich Uruguay stufen die Autoren bereits als konsolidiert ein. Für die Entwicklung der ehemals totalitären kommunistischen Staaten Ostmittel- und Osteuropas stellt laut Linz/Stepan gegenwärtig die Frage einer als legitim anerkannten und funktionierenden staatlichen Ordnung (*stateness*) eine wesentlich zentralere (da zum Teil nicht zufriedenstellend gelöste) Herausforderung als für die übrigen betrachteten Länder dar. Grundsätzlich kommen sie für die ostmitteleuropäischen Länder Polen, Ungarn und Tschechien zu einem wesentlich günstigeren Urteil als für Russland, Bulgarien und Rumänien. Obwohl es Linz/Stepan nicht ganz gelingt, ihre im Theorieteil erarbeiteten systematischen Überlegungen für alle in die komparative Analyse einbezogenen Fallbeispiele gleichermaßen empirisch umzusetzen, so ist ihre Studie doch als Meilenstein der Systemwechselforschung zu betrachten.

4. Bilanz und Perspektiven

Die *Vergleichende Politikwissenschaft* beschäftigt sich heute mit allen Aspekten der politischen Realität. Sie beschränkt sich weder auf eine reine Institutionenbetrachtung, wie dies die klassische *Vergleichende Regierungslehre* tat, noch auf die Analyse der Inputs

⁴⁵ Bestandteil des Linz/Stepanschen Theoriekonzepts ist auch eine Auseinandersetzung mit der Frage, welche Implikationen die Merkmale des jeweiligen autokratischen Systems (sie unterscheiden zwischen autoritären, totalitären, post-totalitären und sultanistischen Regimes) für die Art des Übergangs zur Demokratie und für die Herausforderungen haben, mit denen junge Demokratien konfrontiert sind.

(frühe *Vergleichende politische Systemforschung*) oder Outputs (frühe *Politikfeldforschung*) des politischen Systems. Viele neuere Arbeiten sind darum bemüht, gerade das Zusammenspiel von *polity*, *politics* und *policy* in unterschiedlichen Ländern aus vergleichender Perspektive zu analysieren. Die zunehmende Institutionalisierung internationaler Forschungsverbände, Netzwerke und Datenpools erleichtern die Durchführung größerer länderüberschreitender Forschungsprojekte.⁴⁶ Sie führen Wissenschaftler mit unterschiedlichen theoretischen, thematischen und regionalen Schwerpunkten zusammen und können dazu beitragen, trotz einer weiter zunehmenden innerwissenschaftlichen Arbeitsteilung und Spezialisierung die gemeinsamen Kernfragen der Politikwissenschaft nicht ganz aus den Augen zu verlieren.

Vergleicht man die gegenwärtige Situation der Teildisziplin mit den Jahrzehnten der Neuorientierung nach dem Zweiten Weltkrieg, so fallen einige Unterschiede ins Auge:

a) Die in den 50er und 60er Jahren proklamierte Suche nach einer allgemeinen Theorie des politischen Verhaltens ist weitgehend aufgegeben worden. Rückblickend haben sich Theorieansätze, die mit einem globalen Erklärungsanspruch auftraten, größtenteils als Fehlschläge erwiesen. Dies gilt für modernisierungs- und dependenztheoretische Ansätze genauso wie für Totalitarismus- oder Konvergenztheorien. Der Trend geht seit längerem zu *Theorien mittlerer Reichweite*, d. h. zu Erklärungsansätzen, die jeweils auf eine begrenzte Anzahl von Variablen und Fällen anwendbar sind. Derartige Theorien und die auf ihrer Grundlage angefertigten empirischen Studien sind weniger abstrakt und gleichzeitig bescheidener in ihrem Erklärungsanspruch.⁴⁷

b) In der damaligen Zeit neue Begriffe wie *politisches System*, *inputs* oder *outputs* gehören heute zum Standardvokabular der *Vergleichenden Politikwissenschaft*. Die grundsätzliche Diskussion über Vor- und Nachteile systemtheoretischer Konzepte ist seit Anfang der 70er Jahre weitgehend abgeflaut. Gleichzeitig erlebten äl-

⁴⁶ Positive Auswirkungen für die fachinterne und interdisziplinäre Kommunikation hat auch die Bildung von Diskussionsforen wie dem *Arbeitskreis Interkultureller Demokratievergleich* oder dem *Arbeitskreis Systemwechsel* innerhalb der DVPW.

⁴⁷ Vgl. *Peter Mair: Comparative Politics: An Overview*, in: *Robert E. Goodin, Hans-Dieter Klingemann* (Hrsg.): *A New Handbook of Political Science*, Oxford 1996, S. 309-335.

tere Begriffe wie *Staat* oder *Institutionen* sowie die auf ihnen basierenden Theorietraditionen eine Renaissance.

c) Das im Zuge von empirischen Forschungsarbeiten angesammelte Wissen über die politischen Systeme der ganzen Welt hat in den letzten Jahrzehnten enorm zugenommen. Uns stehen heute sehr viel bessere Informationen zur Verfügung, als dies noch in den 50er oder 60er Jahren der Fall war. Dies gilt nicht nur für die politischen Systeme westlicher Industrieländer, sondern auch für asiatische, afrikanische und lateinamerikanische Länder.⁴⁸ Allerdings wächst auch der Bedarf an ‚neuen‘ Informationen, so dass längst nicht alles entdeckt ist, zumal sich je nach konzeptionellem Zugriff die Perspektiven auf die Realität verändern.

Wie nun wird die zukünftige Entwicklung der Teildisziplin aussehen? Der Zusammenbruch des Sozialismus führte zwar zur Kritik an der *Vergleichenden Politikwissenschaft*, weil sie die Entwicklungen im kommunistischen Machtbereich nicht einmal ansatzweise prognostiziert hatte,⁴⁹ es kam jedoch nicht zu einer grundlegenden Erneuerung theoretischer und methodischer Konzepte. Wird sich dies durch die Globalisierungsprozesse bzw. durch die „Denationalisierung und die Krise des Regierens“⁵⁰ ändern? Führen die zunehmende internationale Verflechtung und die (freiwillige) Abgabe nationalstaatlicher Souveränität an supranationale Integrationskörperschaften wie die Europäische Union dazu, dass das Instrumentarium der *Vergleichenden Politikwissenschaft* grundlegend überdacht werden muss?

Zweifellos stellen derartige Entwicklungen die *Vergleichende Politikwissenschaft* vor große Herausforderungen. Die ohnehin schon immer existierenden Überschneidungen mit der Teildisziplin

⁴⁸ Zudem existieren in den meisten Ländern der Erde inzwischen moderne sozial- und politikwissenschaftliche Studiengänge, Universitäts- und außeruniversitäre Forschungsinstitute, die renommierte Fachleute hervorgebracht haben und beschäftigen. Zumindest einige Politik- und Sozialwissenschaftler aus Asien, Afrika und Lateinamerika sind heutzutage in internationale Vergleichsprojekte eingebunden. Auch wenn hier noch viel Nachholbedarf besteht, sind dies doch erste Schritte vom traditionellen ‚forschen über‘ zu einem ‚forschen mit‘.

⁴⁹ Vgl. *Klaus von Beyme: Die Vergleichende Politikwissenschaft und der Paradigmenwechsel in der politischen Theorie*, in: *PVS 21*(1990)3, S. 457-474.

⁵⁰ *Michael Zürn: Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance*, Frankfurt/Main 1998.

lin *Internationale Beziehungen* werden sich weiter verstärken. Wissenschaftler wie Jan W. Van Deth raten allerdings dazu, sich nicht voreilig von bewährten Konzepten zu verabschieden. Zumindest was die empirische Analyse von Wählerverhalten, politischer Partizipation, Neuen Sozialen Bewegungen, politischen Interessen und Wertorientierungen angehe, seien länderspezifische Aspekte nach wie vor erklärungskräftig. Auch neuere Daten zeigen demnach keinen Rückgang der Bedeutung länderspezifischer Faktoren. Eine grundlegende Modifikation der bewährten Ansätze der *Vergleichenden Politikwissenschaft*, so das Fazit Van Deths, sei daher nicht notwendig.⁵¹ Zu erwarten und anzustreben ist jedoch eine Erweiterung der Fragestellungen und Instrumentarien. Die von Howard J. Wiarda aufgeworfene Frage „Is comparative politics dead?“⁵² kann jedenfalls klar verneint werden.

Annotierte Auswahlbibliografie

Almond, Gabriel A.; Powell, G. Bingham: Comparative Politics. A Theoretical Framework, New York ²1996.

In der Tradition ihrer klassischen Arbeiten stellen die beiden Autoren in acht Kapiteln die Grundgedanken des struktur-funktionalen Ansatzes vor. Es handelt sich um die überarbeiteten und aktualisierten Theoriekapitel aus der sechsten Ausgabe des Standardwerkes *Comparative Politics Today: A World View*.

Berg-Schlosser, Dirk; Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch, Opladen ²2003. Die vorliegende 4. Auflage dieses Buches wurde einer umfassenden Überarbeitung mit teilweise neuen Autoren unterzogen, auf einen aktuellen Forschungsstand gebracht und hat dadurch noch einmal an Qualität gewonnen. In 15 Kapiteln werden theoretische und methodische Ansätze sowie zentrale Bereiche der Teildisziplin vorgestellt.

Brown, Bernard E.; Macridis, Roy C. (Hrsg.): Comparative Politics. Notes and Readings, Orlando ⁹2000.

Der Reader vereint 45 grundlegende Texte der Vergleichenden Politikwissenschaft und bietet damit einen guten Einstieg in die Vielzahl der methodischen und theoretischen Ansätze der Teildisziplin.

⁵¹ Vgl. *Jan W. Van Deth:* Comparative Politics and the Decline of the Nation-State in Western Europe, in: *European Journal of Political Research* 27 (1995)4, S. 443-462.

⁵² *Howard J. Wiarda:* Is comparative politics dead? Rethinking the field in the post-Cold War era, in: *Third World Quarterly* 19(1998)5, S. 935-949.

Landman, Todd: Issues and Methods in Comparative Politics: An Introduction. London, New York ²2003.

Landman klärt grundsätzliche methodische Fragen des Vergleichs und berücksichtigt dabei sowohl die besonderen Möglichkeiten als auch die Grenzen der vergleichenden Vorgehensweise. Darüber hinaus gibt er an einer durchgängigen Systematik orientiert einen problemorientierten Überblick über zentrale Forschungsbereiche der ‚comparative politics‘.

Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung, Wiesbaden ²2005.

In 16 Beiträgen gibt das mittlerweile zu einem Standardwerk avancierte Buch einen sehr guten Überblick über die methodischen und theoretischen Grundlagen, zentrale Begriffe und Konzepte, Probleme und Perspektiven der Teildisziplin. Der Aufbau orientiert sich systematisch an den drei Dimensionen des Politikbegriffs (polity, policy, politics), durch ein ausführliches Stichwortverzeichnis lassen sich sowohl die klassischen als auch neuere Ansätze leicht erschließen. Die Lektüre des Buches lohnt sich nicht nur für „Einsteiger“ in die Politikwissenschaft.

Grundlagen- und weiterführende Literatur

Almond, Gabriel A. u.a. (Hrsg): Comparative Politics Today. A World View, New York ⁸2004.

Almond, Gabriel A.; Verba, Sidney: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963.

Almond, Gabriel A.; Verba, Sidney: The Civic Culture Revisited. An Analytic Study, Boston 1980.

Berg-Schlosser, Dirk (Hrsg.): Democratization. The State of the Art, Wiesbaden 2004.

Beyme, Klaus von: Der Vergleich in der Politikwissenschaft, München 1988.

Blondel, Jean: Comparative Government. An Introduction, New York u. a. 1990.

Cain, Bruce E.; Dalton, Russell J.; Scarrow, Susan (Hrsg.): Democracy Transformed? Expanding Political Opportunities in Advanced Industrial Democracies, Oxford, New York 2003.

Chilcote, Ronald H.: Theories of Comparative Politics. The Search for a Paradigm Reconsidered, Boulder ²1994.

Daalder, Hans (Hrsg.): Comparative European Politics. The Story of a Profession, London, New York 1997.

Diamond, Larry: Developing Democracy. Toward Consolidation, Baltimore 1999.

Hague, Rod; Harrop, Martin; Breslin, Shaun: Comparative Government and Politics. An Introduction, Basingstoke, New York ⁶2004.

Hartmann, Jürgen: Vergleichende Politikwissenschaft. Ein Lehrbuch, Frankfurt/Main, New York 1995.

Helms, Ludger; Jun, Uwe (Hrsg.): Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenfor-

- schung. Frankfurt/Main. New York 2004.
- Ismayr, Wolfgang* (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas. Opladen³2003.
- Ismayr, Wolfgang* (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen²2004.
- Jesse, Eckhard; Sturm Roland* (Hrsg.): Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven, Opladen 2003.
- Kaiser, André; Zittel, Thomas* (Hrsg.): Demokratietheorie und Demokratietentwicklung, Wiesbaden 2004.
- Keman, Hans* (Hrsg.): Comparative Democratic Politics. A Guide to Contemporary Theory and Research, London u.a. 2002.
- Kersting, Norbert; Cronqvist, Lasse* (Hrsg.): Democratization and Political Culture in Comparative Perspective, Wiesbaden 2005.
- Kesselman, Mark; Krieger, Joel; Joseph, William A.* (Hrsg.): Comparative Politics at the Crossroads, Lexington 1996.
- Kropp, Sabine; Minkenber, Michael* (Hrsg.): Vergleichen in der Politikwissenschaft, Wiesbaden 2005.
- Lehner, Franz; Widmaier, Ulrich*: Vergleichende Regierungslehre, Opladen⁴2002.
- Merkel, Wolfgang*: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen 1999.
- Needler, Martin C.*: The Concepts of Comparative Politics, New York 1991.
- Newton, Kenneth; Van Deth, Jan W.*: Foundations of Comparative Politics, Cambridge 2005.
- Pennings, Paul; Keman, Hans; Kleinnijenhuis, Jan*: Doing Research in Political Science. An Introduction to Comparative Methods and Statistics, London 1999.
- Peters, Guy B.*: Comparative Politics. Theory and Methods, New York 1998.
- Pickel, Susanne; Pickel, Gert; Lauth, Hans-Joachim* (Hrsg.): Vergleichende politikwissenschaftliche Methoden – Neue Entwicklungen und Diskussionen, Wiesbaden 2003.
- Ragin, Charles C.*: The Comparative Method. Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies, Berkeley 1987.
- Rustow, Dankwart A.; Erickson, Kenneth Paul* (Hrsg.): Comparative Political Dynamics. Global Research Perspectives, New York 1991.
- Scharpf, Fritz W.*: Interaktionsformen. Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung, Opladen 2000.
- Schmid, Josef*: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich, Opladen²2002.
- Schmidt, Manfred G.*: Demokratietheorien. Eine Einführung, überarbeitete und erweiterte Auflage, Opladen³2000.
- Schreyer, Bernhard; Schwarzmeier, Manfred*: Grundkurs Politikwissenschaft: Studium der politischen Systeme, Wiesbaden²2005.
- Wiarda, Howard J.* (Hrsg.): New Directions in Comparative Politics, Boulder²1991.